

Redeentwurf
„Antisemitismusbericht “

für Andreas Schwarz
anlässlich der 100. Plenarsitzung
am Mittwoch, 08. März 2017
im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: **TOP1 ab 10:00 Uhr**

Rededauer: **1. Runde: 5 Minuten**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem schrecklichen Anschlag in Halle sind unsere Gedanken bei den Opfern und den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde.

Nicht auszudenken, was gewesen wäre, wenn der Attentäter in die Synagoge hätte eindringen können.

Der Anschlag hat erneut deutlich gemacht, dass Rechtsradikalismus ein ernstzunehmendes Problem ist.

Und im Parlament heißt dieses Problem AfD.

Für uns ist klar:

Nie wieder Auschwitz!

Nie wieder Faschismus!

Antisemitismus und Rassismus werden wir entschieden bekämpfen und uns für ein weltoffenes Baden-Württemberg einsetzen.

Ja, es gibt faschistoides, braunes Gedankengut in Deutschland.

Und leider auch in Baden-Württemberg - und in diesem Parlament. Wir werden alles daransetzen, dem ein Ende zu setzen.

Das Attentat von Halle ist kein Einzelfall. Es ist nicht nur ein bedauerlicher Ausfall eines gestörten Mannes.

Es ist das Ergebnis eines seit Jahren wachsenden Antisemitismus!

Eines seit Jahren wachsenden Rechtsextremismus!

Die sogenannten Einzeltäter mögen alleine handeln. Aber sie haben sich nicht von alleine radikalisiert!

Sie finden oft- aber nicht nur - im Internet einen Resonanzraum. Dort treffen sie Gleichgesinnte, die sich nach ihren Attentaten aufeinander berufen. Das alles trägt zu einem geschlossenen Weltbild bei.

Einem Weltbild, in dem Menschen anderer Herkunft oder Nationalität, anderer Hautfarbe, anderen Glaubens, und oft auch Frauen entmenschlicht werden.

Diese Entmenschlichung ist es, die den Weg bereitet hat für die Shoa.

Und es ist wieder diese Entmenschlichung, die den Weg bereitet für Attentate in Norwegen oder in Neuseeland oder jetzt in Halle.

Das Attentat hat nicht erst an der Schwelle zur Synagoge begonnen. In Wirklichkeit beginnen solche Attentate an den Schreibtischen, in virtuellen Räumen, in Hassreden – auch in den Plenarsälen dieser Republik, wo antisemitische Stereotypen bemüht werden und ein Nährboden für den Hass im Internet und die Gewalt auf der Straße geschaffen wird.

Verantwortung beginnt nicht erst bei strafrechtlicher Verantwortung. Es gibt auch eine moralische, politische, gesellschaftliche Verantwortung – und schon da müssen wir ganz entschieden eintreten:

Hier in ihrer Landtagsfraktion hat die AfD einen ständigen Gast, der für seine antisemitischen Buchveröffentlichungen bekannt ist. Er ist auch AfD Parteimitglied. Vor wenigen Wochen stimmten neun Fraktionsmitglieder für seine Wiederaufnahme in die Fraktion.

Das zeigt das wahre Gesicht der AfD!

Der Zentralrat der Juden in Deutschland und 16 weitere jüdische Organisationen distanzierte sich in einer gemeinsamen Erklärung von den Verlautbarungen der AfD zum Attentat in Halle.

Wir stimmen mit ihnen ein, wenn sie sagen:

- die AfD ist keine Partei für Demokraten!
- die AfD ist eine Gefahr für jüdisches Leben in Deutschland!

In Baden-Württemberg stieg die Zahl antisemitischer Straftaten im Jahr 2018 um 37%. Und um die reflexartigen Relativierungen – auch in diesem Hause – gleich zu entkräften: Diese Straftaten sind überwiegend dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen.

Den Rechtsextremismus bekämpfen wir nicht, indem wir die Sorgen und Nöte der Rechtsradikalen ernst nehmen.

Wir müssen die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen, die von ihm bedroht werden!

Wir stellen uns daher jeglichem Antisemitismus und jeglicher Judenfeindlichkeit entschieden entgegen. Egal von wem, egal von wo.

Und auch egal wie sie sich maskiert: Ob als angebliche Israelkritik oder als Verschwörungstheorie, die sich nur scheinbar zufällig immer wieder auf jüdische Menschen fokussiert.

Dies sichern wir den Jüdinnen und Juden in diesem Land zu. Dafür stehen wir ein!

Deutschland hat angesichts der Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden eine besondere Verantwortung im Kampf gegen den Antisemitismus.

Baden-Württemberg hat dabei eine Vorreiterrolle eingenommen.

Im Frühjahr 2018 haben vier Fraktionen dieses Landtags die Landesregierung aufgefordert, einen Antisemitismusbeauftragten zu berufen. Eine Fraktion hat dem nicht zugestimmt.

Die grün-schwarze Landesregierung errichtete dann die Stelle des Antisemitismusbeauftragten. Diese Entscheidung war wichtig. Heute kann ich Herrn Dr. Blume für seine hervorragende Arbeit danken!

Sein Bericht legt Zeugnis ab über seine profunde und weitsichtige Expertise.

Der Bericht beschreibt eindrücklich, dass das Aufleben des Antisemitismus in Deutschland und anderen Ländern Teil einer Gewaltspirale ist, die sich ebenso gegen Roma, gegen Migrantinnen und Migranten, gegen zivilgesellschaftliche Akteure, gegen Journalistinnen und Journalisten sowie gegen Politikerinnen und Politiker richtet.

Dies alles hängt miteinander zusammen und erfordert daher das entschiedene Eintreten aller Akteure unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft: Der Zivilgesellschaft, der Religions- und Glaubensgemeinschaften, der Justiz, der Polizei – und: des Gesetzgebers.

Angesichts dieser Verantwortung werden wir mit den Handlungsempfehlungen des Berichts sorgsam umgehen und alles dafür tun, Antisemitismus bereits in seiner Entstehung zu bekämpfen.

Auf Ebene der Landesregierung ist dafür ein ressortübergreifendes Denken elementar. Deswegen war die Ansiedelung des Antisemitismusbeauftragten am Staatsministerium folgerichtig. Herr Dr. Blume hat mit seinem Bericht eindeutig belegt, dass nur die Vernetzung aller Ressorts zu wirksamen Handeln führen wird.

Im kommenden Jahr feiern wir 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Baden-Württemberg wird hier einen Beitrag leisten, jüdisches Leben sichtbar zu machen und zu würdigen.

Die Geschichte der Jüdinnen und Juden in Deutschland umfasst viel mehr, als den Aspekt der Verfolgung. Jüdinnen und Juden waren und sind Teil der gesamten deutschen Geschichte: Wir wollen dieses Jahr mit Feierlichkeiten begehen.

Wir werden zeigen:

Baden-Württemberg ist ein modernes und weltoffenes Land.

Wir werden uns Hass und Hetze mit ganzer Kraft entgegenstellen!

Die kurzfristigen Mahnwachen in verschiedenen Städten am Tag nach dem Anschlag zeigen: Baden-Württemberg ist solidarisch und geeint.

Wir werden nicht zulassen, dass Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland, in Baden-Württemberg nicht sicher sind oder sich nicht sicher fühlen können.

Jeder Gewaltakt gegen Jüdinnen und Juden ist zugleich ein Gewaltakt gegen alles wofür wir stehen: Gleichheit und Freiheit und Frieden.

Der Bericht des Antisemitismusbeauftragten enthält zahlreiche Empfehlungen. Jede Einzelne davon werden wir uns zu Herzen nehmen.

Gerade heute ist mir eine Maßnahme besonders wichtig.

Wir werden Gespräche mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württemberg sowie den Landespolizeibehörden führen, um eine mögliche Ergänzung des Staatsvertrages um Sicherheitsaufgaben zu beraten. Hierzu gehören insbesondere bauliche Sicherheitsmaßnahmen. Die dafür erforderlichen Mittel wollen wir im Haushalt bereitstellen.

Der Anschlag in Halle rüttelt uns wach: Die Menschen in der Synagoge hatten Glück.

Wir wollen und dürfen es in diesem Land aber nicht dem Glück überlassen, ob Jüdinnen und Juden sicher sind und ob Antisemitismus existiert oder nicht:

Wir werden alles tun, um dies zu verhindern:

Dafür hat sich die Rolle des Antisemitismusbeauftragten als unverzichtbar erwiesen.

Dafür hat sein erster Bericht einen grundlegenden Beitrag geleistet.

Vielen Dank.